

Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung - eine Analyse für Baden-Württemberg

Ralf Rukwid*

Oktober 2011

ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Beitrag widmet sich dem Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung, mit einer speziellen Betrachtung der aktuellen Lage auf dem baden-württembergischen Ausbildungsmarkt. Hierzu werden Daten zu der Einmündung in die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems unterhalb des Hochschulbereichs (Duales System, Schulberufssystem und Übergangssystem) ausgewertet und grafisch aufbereitet. Die Untersuchungsergebnisse verdeutlichen, dass - trotz des auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahren rückläufigen Umfangs des Übergangssystems - viele Jugendliche nach wie vor Schwierigkeiten beim direkten Übergang von der Schule in die Berufsausbildung haben. Insbesondere für Bewerber mit niedrigem Schulabschluss sowie mit Migrationshintergrund gestaltet sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Baden-Württemberg problematisch. Sowohl hinsichtlich des Aspekts der Chancengleichheit als auch des viel diskutierten Fachkräftemangels stellen die sozialen Ungleichheiten beim Zugang zur beruflichen Ausbildung ein bedeutendes gesellschaftliches Problem dar.

Von Seiten der Wissenschaft, der Politik als auch der Tarifpartner wird übereinstimmend ein Bedarf zur Optimierung des Übergangs zwischen Schule und Berufsausbildung anerkannt. Dabei gilt speziell das Übergangssystem in seiner bisherigen Ausgestaltung sowohl als kostspielig als auch als ineffizient. Die Kritik richtet sich auf eine verwirrende Vielzahl von Einzelmaßnahmen im Bund und in den Ländern, die für die Jugendlichen häufig nicht zu dem angestrebten Erfolg am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt führen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer verbesserten Maßnahmenkoordination/-abstimmung auf nationaler und regionaler Ebene. Für eine bessere Verzahnung von Schule, Übergangssystem und dualer Berufsausbildung und für eine Steigerung der Ausbildungschancen sozial benachteiligter Jugendlicher wird in verschiedenen aktuellen Studien ein klarer Reformbedarf formuliert. Dieser umfasst u.a. die Vorschläge der Dualisierung der berufsvorbereitenden Bildungsgänge, d.h. die Einbindung der Betriebe, sowie die individuelle und stärker präventive Ausrichtung von Förderprogrammen.

JEL No. I2, J7, R1

* E-Mail: ralf@rukwid.de

1. Die Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems

Das duale Berufsausbildungssystem ist in Deutschland gut ausgebaut und politisch wie gesellschaftlich hoch angesehen. Es verbindet das Lernen in der Schule und im Betrieb innerhalb eines breiten Spektrums unterschiedlicher Ausbildungsberufe und gilt auch vor dem Hintergrund sich verändernder Arbeitsmarkterfordernisse als flexibel und anpassungsfähig. Insgesamt schafft das duale System gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einstieg in die Vollzeitbeschäftigung und trägt wesentlich zu der im internationalen Vergleich relativ niedrigen Jugendarbeitslosigkeit Deutschlands bei (vgl. Hoeckel und Schwartz, 2010, S. 13; BMBF, 2011, S. 6 oder Landtag Baden-Württemberg, 2010, S. 8). Umgekehrt drohen Personen ohne einen Ausbildungsabschluss Benachteiligungen am Arbeitsmarkt - langfristig einhergehend mit einem gesteigerten Armutsrisiko. Der Zugang zu einem Ausbildungsplatz ist insbesondere für Jugendliche ohne eine Studienberechtigung von sehr großer Bedeutung und gilt als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche berufliche Integration (vgl. KMBW, 2011, S.125 sowie Beicht und Granato, 2011, S. 9f.). Dieser Beitrag widmet sich daher dem Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Ausbildung, mit einer speziellen Betrachtung der aktuellen Lage auf dem baden-württembergischen Ausbildungsmarkt. Zudem richtet sich der Fokus der Untersuchung auf die besondere Problemlage von Jugendlichen ohne bzw. mit niedrigen Schulabschlüssen sowie von Ausbildungsbewerbern mit Migrationshintergrund.

Neben dem dualen System werden mit dem Schulberufssystem und dem Übergangssystem zwei weitere große Sektoren des beruflichen Bildungswesens unterhalb des Hochschulbereichs abgegrenzt. Diese Sektoren/ Teilsysteme unterscheiden sich nach dem Bildungsziel und dem rechtlichem Status ihrer Teilnehmer. Ein vollqualifizierender Berufsabschluss wird sowohl im dualen System (schulische und betriebliche Unterrichtung) als auch im Schulberufssystem (vollzeitschulische Ausbildungsformen) vermittelt. Die duale Berufsausbildung bildet dabei schwerpunktmäßig für die gewerblich-technischen Berufe in Industrie und Handwerk, verschiedene kaufmännische Dienstleistungstätigkeiten sowie die freien Berufe aus. Das Schulberufssystem ist besonders relevant für die Berufe im Dienstleistungssektor wie etwa im Bereich der Gesundheits- und Pflegedienste oder der kaufmännischen Assistenzberufe (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008, S. 96). Im Gegensatz zu den anderen beiden Sektoren fasst das sog. Übergangssystem berufsvorbereitende und weiterqualifizierende Bildungsangebote zusammen, die nicht unmittelbar zu einem anerkannten beruflichen Abschluss führen. Diejenigen Absolventen der allgemeinbildenden Schulen, denen es nicht auf direktem Wege gelingt, sich einen Ausbildungsplatz zu sichern, sollen innerhalb des Übergangssystems die Möglichkeit erhalten, ihre individuellen Kompetenzen zu verbessern und die persönliche Ausbildungsreife zu erreichen. Bundesweit wird in diesem Zusammenhang eine kaum überschaubare Vielfalt unterschiedlicher Maßnahmetypen angeboten. Hierunter fallen u.a. Bildungsgänge, die den nachträglichen Erwerb eines höheren allgemeinbildenden Schulabschlusses erlauben sowie Angebote, die als Voraussetzung für eine anschließende vollqualifizierende Ausbildung dienen bzw. die auf die spätere Ausbildung zeitlich angerechnet werden können (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 95ff.; Hoeckel und Schwartz, 2010, S. 16; KMBW, 2011, S.126).

In Kapitel 2 dieses Diskussionspapiers soll die Bedeutung der verschiedenen Ausbildungsteilsysteme für das Bundesland Baden-Württemberg untersucht werden. Dabei zeigt sich, dass der Regionalvergleich mit anderen Bundesländern durch eine Vielzahl an lokalen Besonderheiten erschwert wird. Insbesondere die statistische Erfassung der unterschiedlichen Maßnahmetypen und Förderprogramme des Übergangssystems erweisen sich als besonders komplex sowie als nicht durchgehend konsistent auf regionaler Ebene. Nach der Untersuchung der für Baden-Württemberg typischen Struktur des beruflichen Bildungswesens widmet sich Ka-

pitel 3 den sozialen Selektionsprozessen beim Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung. In diesem Zusammenhang lassen sich für Baden-Württemberg ähnliche soziale Ungleichheiten belegen, wie sie auch innerhalb des nationalen Bildungsberichts diskutiert werden. Abschließend erfolgt die Einordnung der Ergebnisse vor dem Hintergrund der in der bildungspolitischen Debatte derzeit vorherrschenden Handlungsempfehlungen (Kapitel 4).

2. Struktur der beruflichen Bildung in Baden-Württemberg und regionaltypische Besonderheiten

Abbildung 1 gibt für das Jahr 2010 die Verteilung der Neuzugänge auf die drei beruflichen Ausbildungssektoren unterhalb des Hochschulbereichs aus nationaler und regionaler Perspektive wieder.¹ Es zeigt sich, dass der Anteil des Übergangssystems in den ostdeutschen Flächenländern am niedrigsten ausfällt (23%). Dem steht kein deutlich über dem nationalen Durchschnitt liegender Anteilswert des dualen Systems gegenüber – vielmehr ist es in den neuen Bundesländern der Anteil des Schulberufssystems, welcher mit 29% wesentlich höher ausfällt als in den anderen Landesteilen. In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen übersteigt neben dem Anteilssatz des Schulberufssystems auch derjenige der dualen Berufsausbildung klar den bundesdeutschen Mittelwert. Den westdeutschen Flächenländern sind dagegen im Regionalvergleich sowohl der kleinste Anteilswert des dualen Systems (46,8%) als auch die höchste Quote des Übergangssystems (35,3%) zuzuordnen. In Baden-Württemberg befinden sich entsprechend der Statistiken der integrierten Ausbildungsberichterstattung im Jahr 2010 beinahe ebenso viele Jugendliche im Sektor der berufsvorbereitenden Bildungsgänge wie im dualen System. Im Vergleich der Bundesländer bedeutet dies, dass Baden-Württemberg eine relativ niedrige Teilhabe an der dualen Berufsausbildung (42,5%) bei gleichzeitig überdurchschnittlich hohem Anteil des Übergangssystems (42%) zuzuschreiben ist. Wie *Abbildung 1* belegt, lassen sich lediglich für Schleswig-Holstein in diesem Zusammenhang noch extremere Anteilswerte nachweisen. Zu bedenken gilt es hierbei jedoch, dass das Übergangssystem viele verschiedene Formen der beruflichen Grundbildung umfasst. In einem Gutachten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden 193 Einzelprogramme festgestellt, wovon 21 auf Bundesebene und 172 auf Länderebene verankert waren (vgl. BMBF, 2009, S. 25). Das Übergangssystem stellt folglich einen Sektor mit hoher regionaler Heterogenität dar, was die Vergleichbarkeit im Länderkontext zu einem gewissen Grad einschränkt.

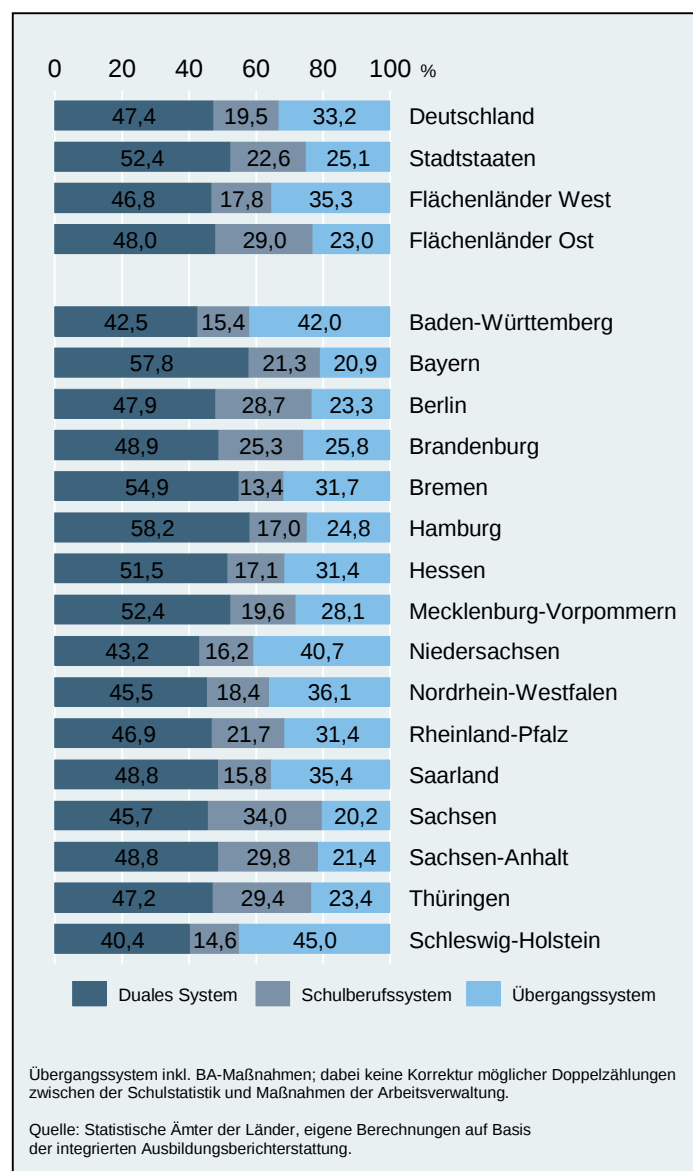
Abbildung 2 vermittelt einen Überblick über die verschiedenen Maßnahmetypen innerhalb des baden-württembergischen Übergangssystems. Dessen Struktur erweist sich für den Zeitraum zwischen 2005 und 2010 als weitgehend konstant. Eine größere Verschiebung gab es lediglich zwischen den Teilnehmerzahlen des Berufsvorbereitungsjahres und der nicht-anrechenbaren beruflichen Bildungsangebote an den Berufsfachschulen.² Unter die in *Abbildung 2* dargestellte Kategorie der Bildungsgänge an Berufsfachschulen mit anrechenbarer

¹ Die Angaben in den nachfolgenden Abbildungen beziehen sich nicht im engeren Sinne auf einen spezifischen Jahrgang von Schulabgängern, sondern auf alle Jugendliche, die im entsprechenden Berichtsjahr einen neuen Bildungsgang im Berufsbildungssystem beginnen. In aufeinanderfolgenden Jahren können hintereinander mehrere Bildungsgänge innerhalb der Ausbildungsteilsysteme durchlaufen werden. So umfassen die genannten Neuzugänge neben den Absolventen der allgemeinbildenden Schulen auch die Fälle von Wiedereintritten innerhalb des Berufsbildungssystems. Vgl. KMBW, 2011, S. 127f.

² Im Jahr 2007 wurde in Baden-Württemberg das sog. Berufseinstiegsjahr flächendeckend eingeführt. Die Zielgruppe bilden dabei diejenigen Schüler, die bisher im Berufsvorbereitungsjahr unterrichtet wurden, aber bereits einen Hauptschulabschluss vorweisen. Das Berufseinstiegsjahr ist den Bildungsgängen der Berufsfachschulen zuzuordnen und fällt unter die Kategorie der nicht-anrechenbaren beruflichen Grundbildung.

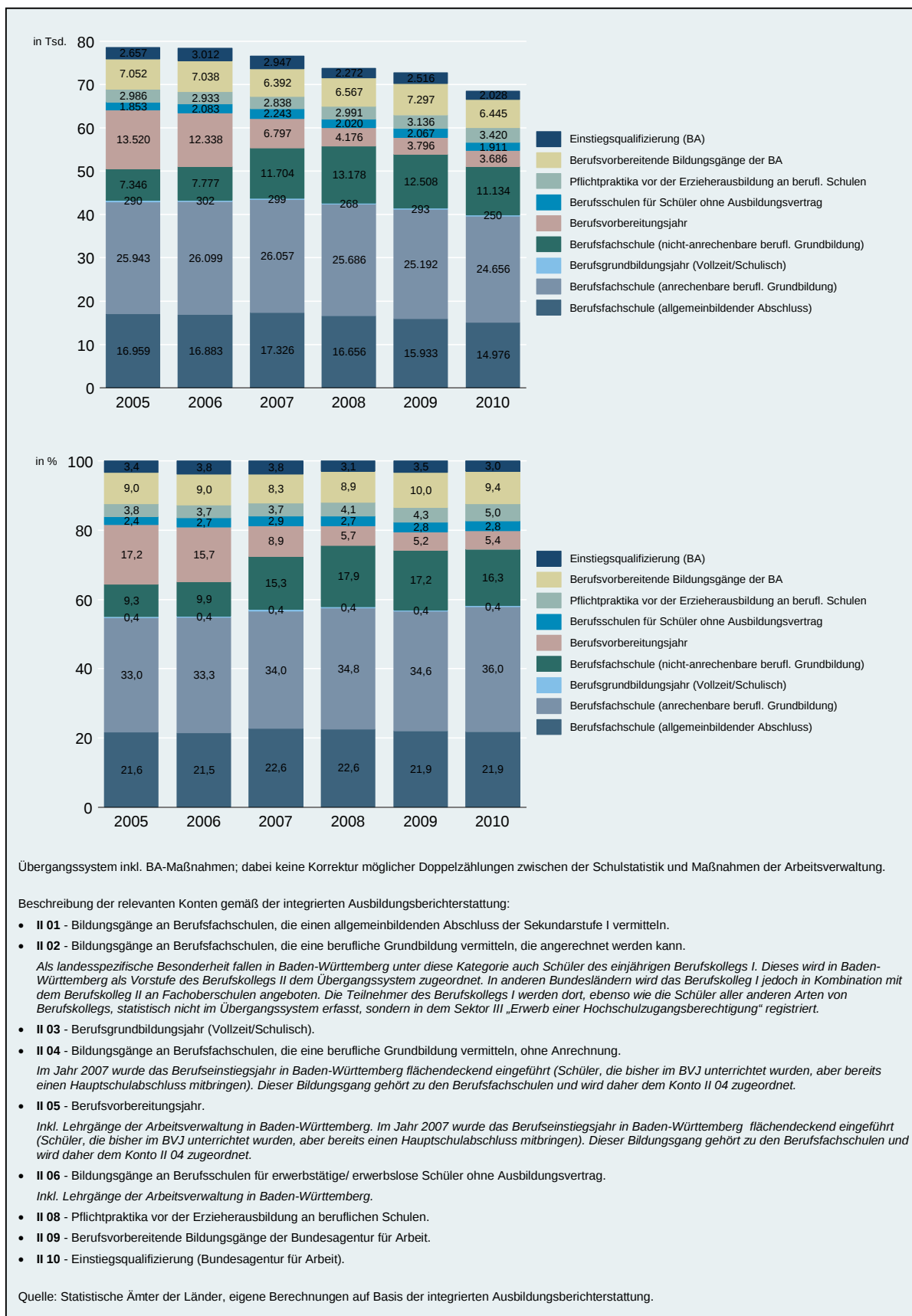
beruflicher Grundbildung fallen in Baden-Württemberg auch Schüler des einjährigen Berufskollegs I. Dies ist als eine landesspezifische Besonderheit zu werten, da in anderen Bundesländern die Schüler des Berufskollegs I nicht dem Übergangssystem zugerechnet werden.³ Diese Besonderheit bei der statistischen Erfassung ist als ein wesentlicher Grund anzusehen für das im Ländervergleich überdurchschnittlich stark ausgeprägte baden-württembergische Übergangssystem (vgl. KMBW, 2011, S. 127).

Abb. 1: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Ausbildungssektoren unterhalb des Hochschulbereichs nach Regionen (2010, in %)



³ In Baden-Württemberg wird das Berufskolleg I als Vorstufe des Berufskollegs II dem Übergangssystem zugeordnet. In anderen Bundesländern wird das Berufskolleg I jedoch in Kombination mit dem Berufskolleg II an Fachoberschulen angeboten. Die Teilnehmer des Berufskollegs I werden dort, ebenso wie die Schüler aller anderen Arten von Berufskollegs, statistisch nicht im Übergangssystem erfasst, sondern außerhalb des beruflichen Bildungssystems i.e.S. registriert (im sog. Hochschulbereich unter der Kategorie „Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung“).

**Abb. 2: Struktur des Übergangssystems in Baden-Württemberg -
Verteilung der Neuzugänge auf die unterschiedlichen Teilbereiche (2005 bis 2010)**



In einer Studie im Auftrag des baden-württembergischen Kultusministeriums erörtert der sog. Expertenrat „*Herkunft und Bildungserfolg*“ noch weitere Erklärungsansätze für den hohen Anteil des Übergangssystems in Baden-Württemberg (vgl. hierzu ausführlich KMBW, 2011, S. 135ff.). So führt eine etwa im Vergleich zu Bayern um zwei Jahre längere Berufsschulpflicht (bis zum 18. statt nur bis zum 16. Lebensjahr) dazu, dass die Aufenthaltsdauer der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz innerhalb der diversen Maßnahmen der beruflichen Grundbildung quasi per Gesetz zunimmt. Des Weiteren sieht das Land von einer politisch gesteuerten Ausdehnung des Schulberufssystems ab, wie es in der Vergangenheit etwa in den neuen Bundesländern, aus einem besonderen Mangel an betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten heraus, geschah. Eine derartige Strategie, den Jugendlichen ohne betriebliche Lehrstelle in gesteigertem Umfang vollqualifizierende Ausbildungsgänge in vollzeitschulischer Form anzubieten, wurde in Baden-Württemberg bisher nicht umgesetzt, u.a. auch aus Sorge, die Privatwirtschaft könnte deswegen die eigenen Ausbildungsaktivitäten reduzieren. Stattdessen fördert man innerhalb des Übergangssystems verstärkt Bildungsgänge, die zum Nachholen eines höheren allgemeinbildenden Schulabschlusses führen. Damit sollen die Fertigkeiten und Kenntnisse der am Ausbildungsmarkt zunächst nicht unmittelbar erfolgreichen Jugendlichen besser an die im Allgemeinen steigenden Qualifikationsanforderungen der Unternehmen angepasst werden. Schätzungen auf Basis der Zugangs- und Abschlussdaten ergeben, dass rund 60% der Neueinsteiger ohne Schulabschluss im baden-württembergischen Übergangssystem nachträglich zu einem Hauptschulabschluss gelangen, während 45% der Zugänge mit Hauptschulabschluss dort die mittlere Reife erlangen.⁴ Die Erfolgsquote der Anfänger im Übergangssystem mit mittlerer Reife liegt bezogen auf den Erwerb der Fachhochschulreife wiederum bei 56% (vgl. KMBW, 2011, S. 37f.). Parallel zur Nachqualifizierung der Jugendlichen soll dem Mangel an Ausbildungsplätzen innerhalb Baden-Württembergs⁵ strukturell entgegengewirkt werden. Zu diesem Zweck werden in vielen Bildungsgängen des baden-württembergischen Übergangssystems die Lehrpläne eng mit den Ausbildungsordnungen abgestimmt. Mit dem Durchlaufen dieser Maßnahmetypen ist formal eine Anrechnung als erstes Ausbildungsjahr möglich. Aufgrund der verkürzten Lehrzeit können die regulären Ausbildungskapazitäten prinzipiell auf mehr Ausbildungskohorten umgelegt werden. In der Praxis kommt es allerdings nur bei etwa einem Fünftel der formal möglichen Fälle tatsächlich auch zu einer Anrechnung der im Übergangssystem erworbenen beruflichen Teilqualifizierung.⁶ Insgesamt ist der hohe Anteil des Übergangssystems an den Ausbildungsanfängern in Baden-Württemberg also einigen Besonderheiten bei der statistischen Erfassung der unterschiedlichen Bildungsgänge geschuldet, aber zumindest teilweise auch das Ergebnis der bildungspolitischen Strategie des Landes in Verbindung mit einer mangelnden Akzeptanz der bisherigen teilqualifizierenden Bildungsangebote von Seiten der Wirtschaft.

Trotz des aktuell vergleichsweise hohen Anteils des baden-württembergischen Übergangssystems an allen Neuzugängen des beruflichen Bildungswesens ist hinsichtlich der absoluten Teilnehmerzahl dieses Bildungssektors ein deutlicher Rückgang während der letzten Jahre wahrzunehmen (siehe die *Abbildungen 2 bis 4*). Konkret hat sich in Baden-Württemberg die

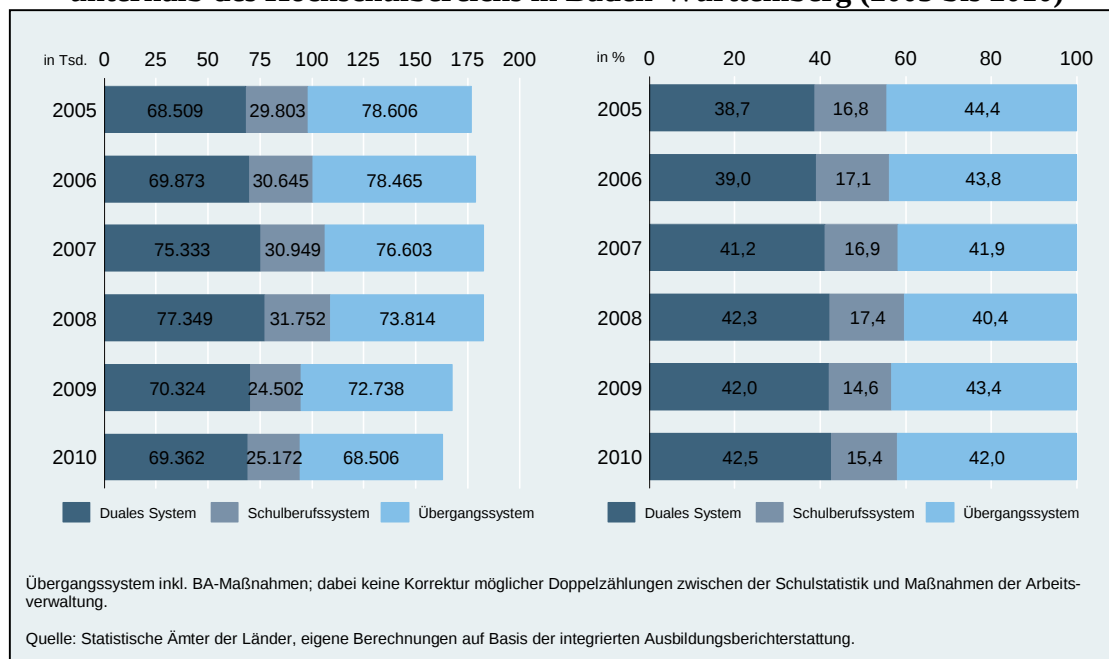
⁴ Wie Untersuchungen auf der Basis der sog. BIBB-Übergangsstudien gezeigt haben, ist speziell das Erreichen eines mittleren Schulabschlusses als wichtiger Einflussfaktor anzusehen für eine bessere Chance, in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden. Siehe hierzu auch die Ausführungen in Kapitel 3 und 4.

⁵ Für Baden-Württemberg spiegelt sich die im Ländervergleich günstige gesamtwirtschaftliche Situation nur bedingt auf dem Ausbildungsmarkt wider. Die Ausbildungsquote, als prozentualer Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, erreicht in Baden-Württemberg nur ein mittleres Niveau. Vgl. KMBW, 2011, S. 135.

⁶ Rund 40.000 Teilnehmer des baden-württembergischen Übergangssystems hätten 2009 formal die Möglichkeit gehabt, bei einer anschließenden Ausbildung das an einer Berufsfachschule oder einem Berufskolleg I geleistete erste Ausbildungsjahr angerechnet zu bekommen. Im Jahr 2009 waren es aber landesweit nur 9.000, die tatsächlich ihre Ausbildung im zweiten Jahr begonnen haben. Vgl. KMBW, 2011, S. 134.

Zahl der jugendlichen Ausbildungsanfänger im Übergangssystem zwischen 2005 und 2010 mehr oder weniger kontinuierlich von 78.606 auf 68.506 reduziert.

Abb. 3: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Ausbildungssektoren unterhalb des Hochschulbereichs in Baden-Württemberg (2005 bis 2010)

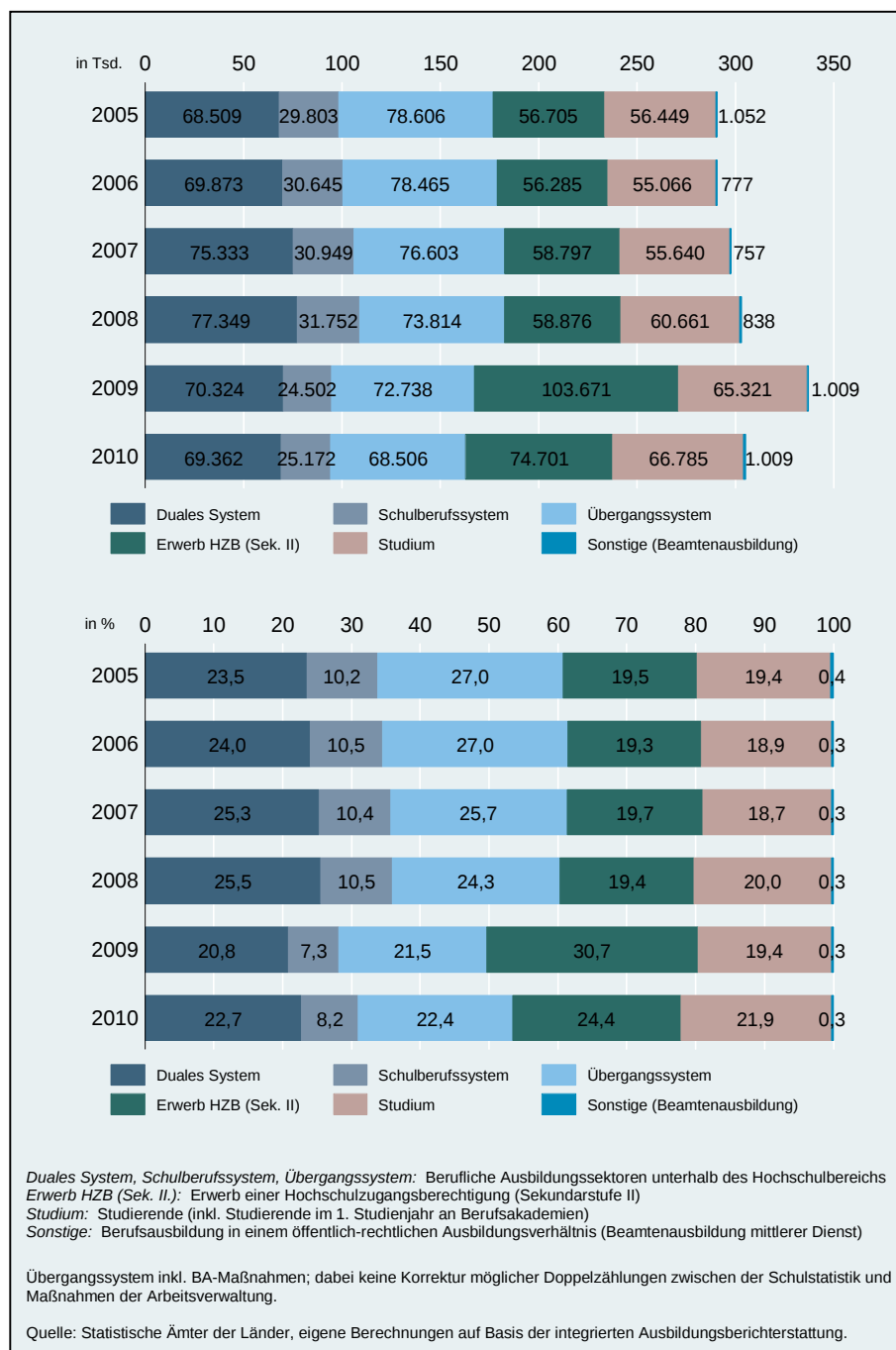


Der Anteilssatz des Übergangssystems am Ausbildungsgeschehen unterhalb des Hochschulbereichs war in Baden-Württemberg zwischen 2005 und 2008 ebenfalls rückläufig, ist gemäß *Abbildung 3* im Rezessionsjahr 2009 allerdings wieder um 3 Prozentpunkte angestiegen.⁷ Diese Zunahme des Anteilssatzes ist nicht auf eine erhöhte Teilnehmerzahl innerhalb des Übergangssystems zurückzuführen. Vielmehr hat sich das baden-württembergische Übergangssystem auch in dem von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägten Jahr 2009 absolut gesehen verkleinert. Allerdings ging parallel hierzu die Anzahl der Neuzugänge im dualen System und dem Schulberufssystem noch stärker zurück, wodurch sich insgesamt das Gewicht des Übergangssystems erhöht hat. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Schrumpfung des Schulberufssystems in 2009 zu einem wesentlichen Teil um ein statistisches Artefakt handelt, das einen Strukturbruch in den Daten mit sich bringt. Dies wird u.a. in *Abbildung 4* ersichtlich, welche eine erweiterte Definition der „Anfänger im Ausbildungsgeschehen“ zugrunde legt. Nicht alle Absolventen allgemeinbildender Schulen streben im Anschluss an ihre Schulzeit unmittelbar eine berufliche Ausbildung im engeren Sinne an. Ein Teil der Schulabgänger entscheidet sich für ein Hochschulstudium bzw. für einen Bildungsgang, welcher zunächst dem Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung (HZB) dient. Betrachtet man diese beiden Teilbereiche ergänzend zu der Entwicklung der Ausbildungssektoren unterhalb des Hochschulbereichs, fällt neben der stetig steigenden Studierendenzahl hauptsächlich die ab 2009 sprunghafte Entwicklung im Bereich des HZB-Erwerbs auf. Die mit Beginn des Schuljahrs 2004/2005 realisierte Einführung des achtjährigen Gymnasiums (kurz G8) in Baden-Württemberg hat im Jahr 2009 zu einem doppelten Anfängerjahrgang innerhalb der Sekundarstufe II der Gymnasien geführt. Dadurch ist der Sektor „Erwerb der HZB“ deutlich angestiegen. Zusätzlich gilt es eine Reform der baden-württembergischen Be-

⁷ Auf nationaler Ebene nahm der Anteil des Übergangssystems an der beruflichen Bildung im selben Jahr dagegen nur um 0,57 Prozentpunkte zu.

rufskollegs zu beachten.⁸ Diese Reform hat im Berichtsjahr 2009 dazu geführt, dass die Teilnehmer des kaufmännischen Berufskollegs II, die bisher dem Schulberufssystem und damit der beruflichen Ausbildung i.e.S. zugeordnet wurden nun unter dem Bereich des HZB-Erwerbs erfasst werden (siehe *Abbildung 4*).

Abb. 4: Ausbildungsanfänger im erweiterten Ausbildungsgeschehen in Baden-Württemberg (2005 bis 2010)



⁸ In den kaufmännischen Berufskollegs II wurde in Baden-Württemberg bis 2008 im Anschluss an die mittlere Reife eine zweijährige Ausbildung zum staatlich geprüften Wirtschaftsassistenten angeboten. Über einen mathematischen und naturwissenschaftlichen Zusatzunterricht konnte gleichzeitig die Fachhochschulreife erworben werden. Mit der Reform des kaufmännischen Berufskollegs II machte man danach jedoch die Fachhochschulreife zum primären Bildungsabschluss, während der Assistentenabschluss inzwischen nur noch über eine Zusatzprüfung zu erwerben ist.

Die sinkende Teilnehmerzahl des Schulberufssystems bewirkt innerhalb der Gesamtbeurteilung der drei Ausbildungssektoren unterhalb des Hochschulbereichs (Duales System, Schulberufssystem und Übergangssystem) wiederum eine höhere Gewichtung des Übergangssystems und trägt zu dem oben genannten Anstieg des Anteilssatzes des baden-württembergischen Übergangssystems im Jahr 2009 bei (siehe *Abbildung 3*).⁹

Der Anteil des Übergangssystems an der Gesamtzahl der Neuzugänge im Bereich der beruflichen Ausbildung wird mitunter „als Maßstab für mehr oder weniger große Passungsprobleme auf den regionalen Ausbildungsmärkten, [...]“ gesehen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 100). Wie gerade im Falle Baden-Württembergs dargestellt, erweist sich die statistische Erfassung der unterschiedlichen Maßnahmetypen und Förderprogramme jedoch als besonders komplex und ist auf regionaler Ebene nicht durchgehend konsistent. Relativierend zu dem im Bundeslandvergleich verhältnismäßig hohen Anteilswert des baden-württembergischen Übergangssystems sei an dieser Stelle schließlich noch auf eine Schätzung des Expertenrats „Herkunft und Bildungserfolg“ hingewiesen. Diese besagt, dass in Baden-Württemberg der Anteil der 30- bis 40-jährigen, die letztlich ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder einen zumindest mittleren Schulabschluss geblieben sind, sich auf 18% beläuft (im Vergleich zum deutschen Referenzwert von 19%). Die Anteilsätze liegen hierbei sowohl für die deutschen Staatsangehörigen (12% vs. 14%) als auch für die ausländischen Staatsangehörigen (41% vs. 46%) unter dem Bundesdurchschnitt (vgl. KMBW, 2011, S. 135).

3. Soziale Ungleichheiten beim Zugang zur Berufsausbildung

In den letzten Jahren widmeten sich zahlreiche nationale Untersuchungen sowie internationale Vergleichsstudien der sozialen Selektivität des deutschen Schulsystems. Dabei hat sich bestätigt, dass der schulische Erfolg von Kindern und Jugendlichen in Deutschland stärker als in vielen anderen Ländern von der sozialen und/ oder der nationalen bzw. ethnischen Herkunft abhängt (vgl. z.B. Solga, 2008 oder Beicht und Granato, 2011). Studienergebnisse deuten darauf hin, dass die sozial bedingte Ungleichheiten zu Beginn der Schulzeit im weiteren Bildungsverlauf durch das formale Bildungssystem nicht abgebaut sondern weiter verstärkt werden (vgl. Beicht und Granato, 2011, S. 9). Daher ist es wichtig, bei der Untersuchung des Übergangs von den allgemeinbildenden Schulen in die Berufsausbildung ebenfalls den Einfluss von sozialen Selektionsprozessen zu beachten. In Deutschland gestaltet sich der Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung insbesondere für Jugendliche ohne bzw. mit nur einem niedrigen Schulabschluss problematisch. Durch die erwähnte enge Verknüpfung von Schulabschluss und sozialer Herkunft bzw. Migrationshintergrund beeinträchtigen die innerhalb des Schulsystems relevanten, herkunftsbedingten Ungleichheiten letztlich auch den Zugang zur beruflichen Ausbildung. Zusätzlich zu den herkunfts- und leistungsbedingten Nachteilen leiden v.a. junge Migranten auch noch unter diskriminierenden Praktiken bei der Bewerberauswahl (vgl. KMBW, 2011; Beicht und Granato, 2011). Für genauere Erkenntnisse zu den eventuell wirksamen Selektionsprozessen, soll die bisherige Analyse des beruflichen Bildungswesens in Baden-Württemberg nun entsprechend erweitert werden. Hierzu werden Daten zu der Einmündung in die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems (Duales System, Schulberufssystem und Übergangssystem) hinsichtlich der Merkmale schulische Vorbildung, Nationalität sowie Geschlecht ausgewertet und grafisch aufbereitet.

⁹ Der Anteil des Übergangssystems am erweiterten Ausbildungsgeschehen sinkt dagegen kontinuierlich bis einschließlich 2009 (siehe *Abbildung 4*). Erst durch die Bereinigung des doppelten Anfängerjahrgangs im Sektor des HZB-Erwerbs steigt im Jahr 2010 der Anteilswert des Übergangssystems, trotz einer weiterhin rückläufigen absoluten Teilnehmerzahl.

Abb. 5: Struktur der Teilsysteme des beruflichen Bildungswesens gegliedert nach schulischer Vorbildung (Baden-Württemberg, Neuzugänge 2009)

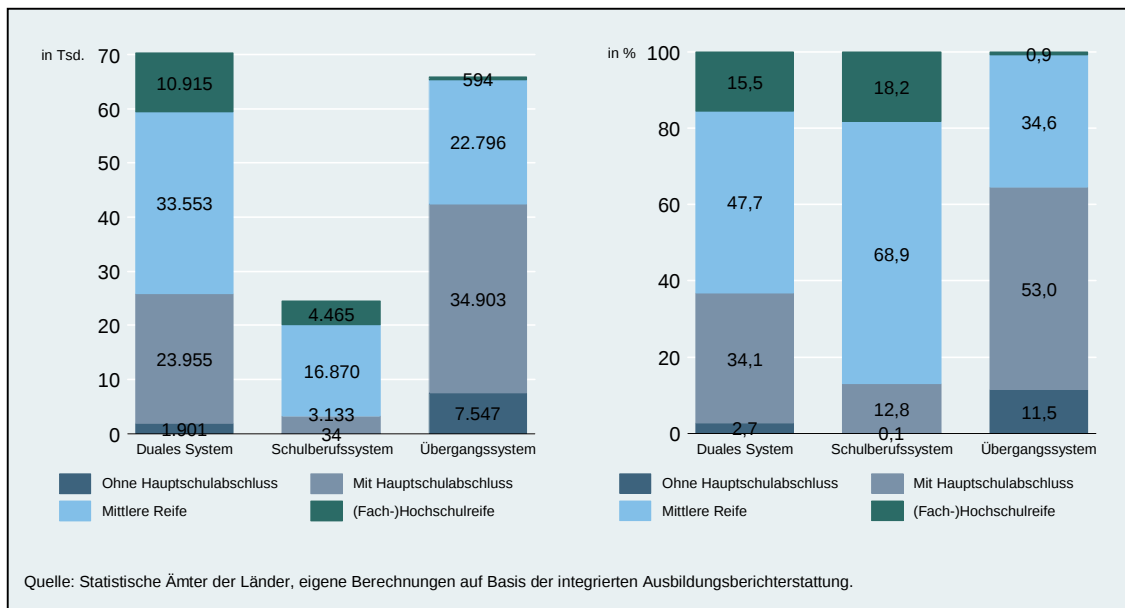


Abb. 6: Verteilung der Neuzugänge nach schulischer Vorbildung in Baden-Württemberg (2009, in %)

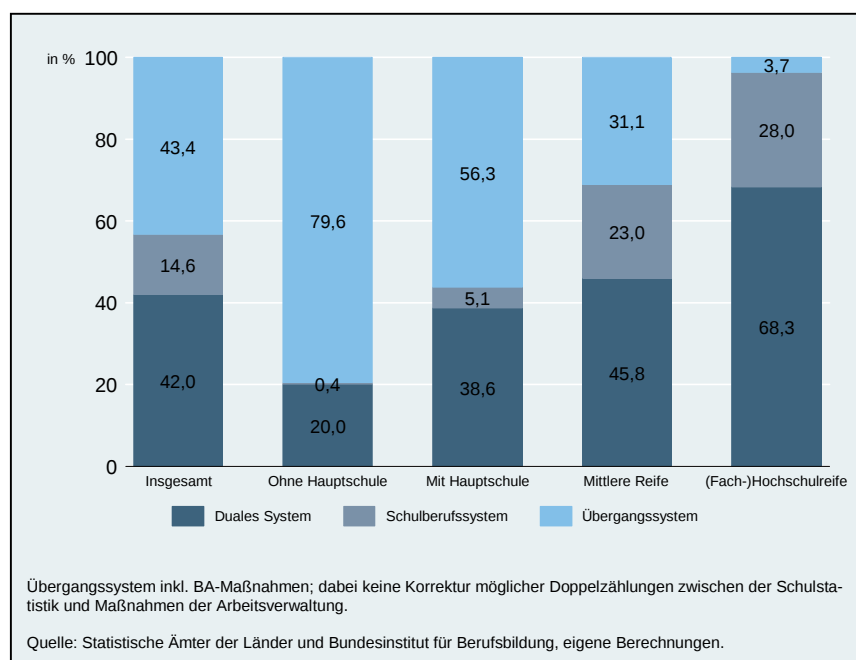


Abbildung 5 zeigt die Teilsysteme des baden-württembergischen Ausbildungssystems unterhalb des Hochschulbereichs aufgeschlüsselt nach der schulischen Vorbildung der jeweiligen Neuzugänge im Jahr 2009. Dabei wird die schwierige Lage der Ausbildungsbewerber ohne einen mittleren oder höheren allgemeinbildenden Schulabschluss ersichtlich. Im dualen System Baden-Württembergs wurden 2009 weit über die Hälfte der neu zu besetzenden Ausbildungsplätze an Jugendliche mit mittlerer Reife (47,7%) bzw. mit Fachhochschul-/ Hochschulreife (15,5%) vergeben. Lediglich rund ein Drittel (34,1%) der Ausbildungsanfänger im

dualen System waren Hauptschulabsolventen und nur 2,7% der Neuzugänge entfielen auf Jugendliche ohne erfolgreichen Schulabschluss. Trotz der Dominanz der Ausbildungsanfänger mit mittlerer Reife scheint in Baden-Württemberg das duale System im Vergleich zum Schulberufssystem noch wesentlich offener für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss zu sein. Für diese Jugendliche ist nur selten eine vollqualifizierende Ausbildung im baden-württembergischen Schulberufssystem vorgesehen (weniger als 13% Anteil an allen Neuzugängen innerhalb dieses Sektors). In *Abbildung 5* spiegelt sich vielmehr die in Baden-Württemberg bisher vorherrschende Strategie wider, bei einer nicht erfolgreichen Bewerbung für die duale Berufsausbildung den Jugendlichen im Übergangssystem nachträglich zu einem höheren allgemeinbildenden Schulabschluss zu verhelfen (siehe Kapitel 2). Während 2009 weniger als 30.000 junge Erwachsene mit einer schulischer Vorbildung unterhalb der mittleren Reife in den beiden vollqualifizierenden Sektoren des beruflichen Bildungswesens Eingang fanden, mündeten zugleich über 40.000 Personen dieser Bildungsgruppen in die verschiedenen Maßnahmetypen des baden-württembergischen Übergangssystems ein. Wie *Abbildung 6* illustriert, bedeutet dies, dass im Jahr 2009 über drei Viertel der Jugendlichen ohne Schulabschluss (79,6%) und über die Hälfte derjenigen mit Hauptschulabschluss (56,3%) ins baden-württembergische Übergangssystem eingingen. Den direkten Einstieg in die duale Berufsausbildung schafften 2009 dagegen nur 38,6% der Bewerber mit und 20% der Bewerber ohne Hauptschulabschluss. Das Schulberufssystem stellt mit Anteilssätzen von 5,1% bzw. 0,4% für diese beiden Qualifikationsgruppen, wie bereits erwähnt, keine bedeutende Ausbildungsoption dar. Nur für die Personen mit mindestens mittlerem Schulabschluss spielt das baden-württembergische Schulberufssystem mit einem Anteil von rund einem Viertel eine wesentliche Rolle beim Erwerb eines Berufsabschlusses. Insgesamt bestätigen die Statistiken zur Verteilung der Neuzugänge in der beruflichen Bildung, dass die Aussichten auf einen vollqualifizierende Ausbildung in Baden-Württemberg in stärkerem Umfang von der schulischen Vorbildung abhängen.¹⁰ Viele Ausbildungsbetriebe sind eindeutig auf den mittleren Schulabschluss ausgerichtet. Jugendlichen mit geringer schulischer Vorbildung werden häufig in undifferenzierter Weise als „leistungsschwach“ eingestuft. Aufgrund dieser verallgemeinernden Annahme von Kompetenzdefiziten (Diskreditierung) haben viele Bewerber mit maximal Hauptschulabschluss ungeachtet ihrer tatsächlichen individuellen Fähigkeiten schlechte Chancen auf direktem Wege in das duale System einzumünden (vgl. KMBW, 2011, S. 128f.)

Für viele Stellenbewerber mit Migrationshintergrund gestaltet sich der Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung aufgrund fehlender höherer Schulabschlüsse grundsätzlich schwierig. Diese Jugendliche haben jedoch nicht nur aufgrund eines geringeren schulischen Bildungserfolgs schlechtere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Vielmehr betont der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ die Wirksamkeit zusätzlich Diskriminierungsprozesse. Insbesondere Jugendliche afghanischer, türkischer und iranischer Herkunft würden demnach deutliche Benachteiligungen im Rahmen der Einstellungspraktiken auf dem Ausbildungsstellenmarkt erfahren (vgl. KMBW, 2011, S. 129f.).¹¹ *Abbildung 7* stellt die Einmündungsprozesse in die Teilbereiche der beruflichen Ausbildung nach den Merkmalen der schulischen Vorbildung als auch der Staatsangehörigkeit der Ausbildungsbewerber dar.¹² Die Zah-

¹⁰ Damit bestätigen sich auf Landesebene im Wesentlichen auch die Ergebnisse des nationalen Bildungsberichts 2010. Vgl. hierzu Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 98f.

¹¹ Regressionsanalysen auf der Datenbasis der in Deutschland im Jahr 2006 auf nationaler Ebene durchgeführten BIBB-Übergangsstudie haben diese Einschätzungen bisher bestätigt. Demnach bleibt auch unter Berücksichtigung bzw. unter Kontrolle von herkunfts- und leistungsbedingten Faktoren/ Unterschieden „[...] noch ein eigenständiger negativer Effekt des Migrationshintergrunds bestehen.“ (Beicht und Granato, 2011, S. 41).

¹² Die durch die ethnische bzw. nationale Herkunft verursachten Benachteiligungen beim Ausbildungszugang hängen nicht nur von der bloßen Staatsangehörigkeit ab. Daher wäre eine Aufgliederung der Ausbildungsanfänger entsprechend der breiteren Definition des Migrationshintergrunds grundsätzlich wünschenswert. Die amtli-

len beziehen sich wiederum auf die Verteilung der Neuzugänge im beruflichen Bildungswesen Baden-Württembergs im Jahr 2009. Insbesondere für die Bewerber mit maximal Hauptschulabschluss zeigt sich eine eindeutige Benachteiligung ausländischer Jugendlicher beim Zugang zu einer vollqualifizierender Berufsausbildung. Diese Benachteiligung mildert sich bei den höheren Schulabschlüssen deutlich ab. Bei den Ausbildungsbewerbern mit Fachhochschul-/ Hochschulreife ist der Anteil der in das duale System einmündenden Neuzugänge bei deutschen und ausländischen Staatsangehörigen sogar fast identisch (68,6% zu 69%), und lediglich bei den jeweiligen Anteilswerten des Schulberufssystems finden sich kleinere Abweichungen (28,3% zu 25,9%).

Abb. 7: Verteilung der Neuzugänge nach schulischer Vorbildung und Nationalität in Baden-Württemberg (2009, in %)

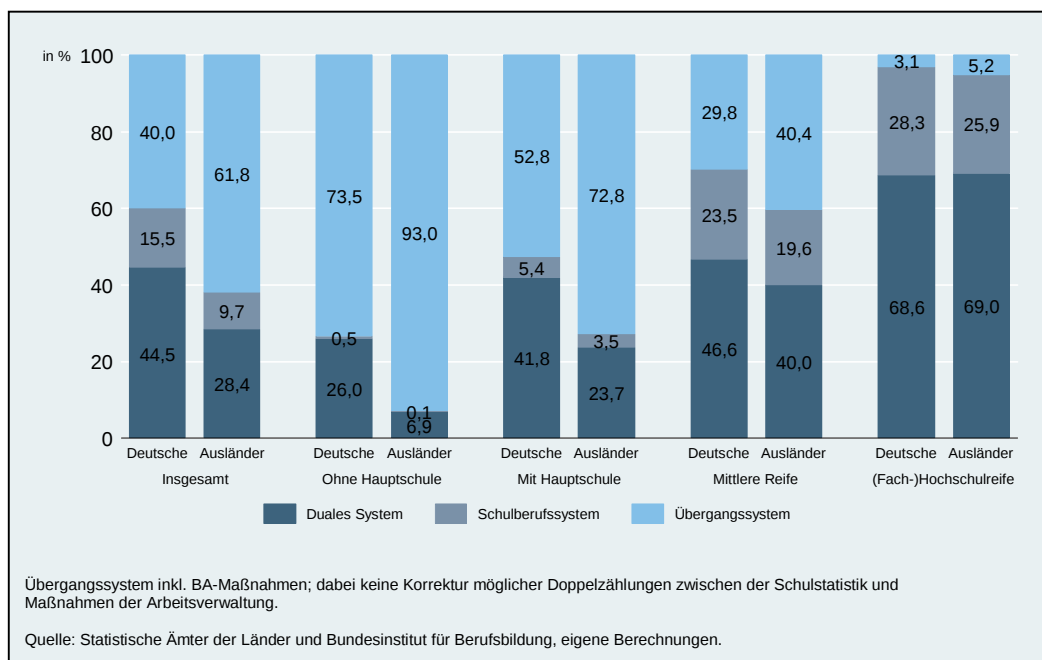
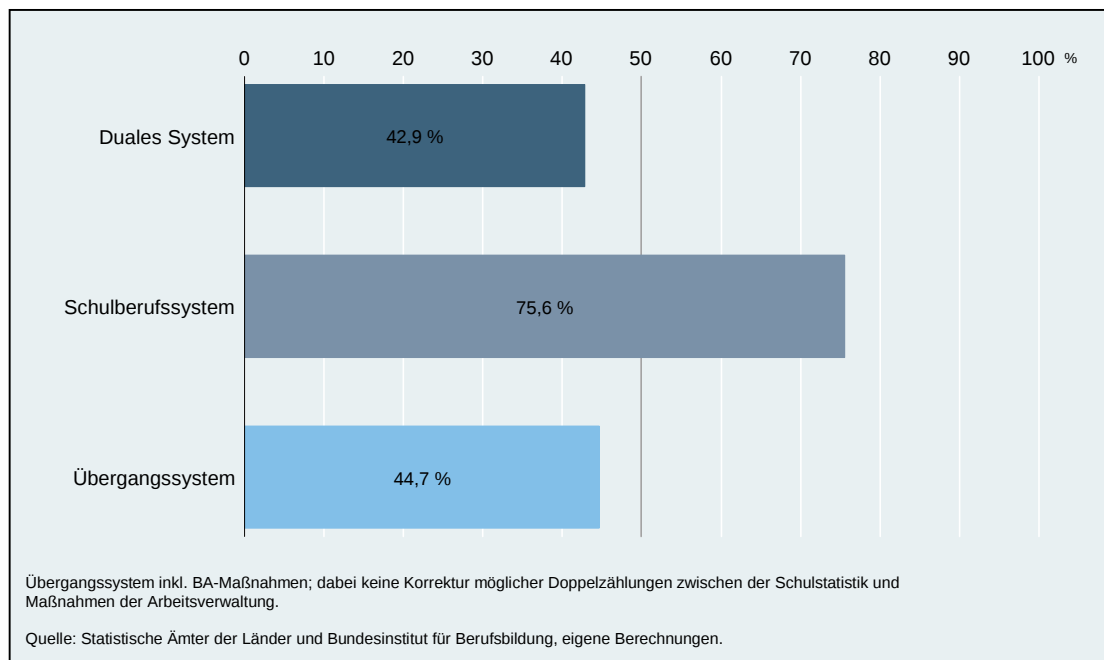


Abbildung 8 gestattet schließlich noch einen Blick auf die geschlechtsbedingten Verteilungsrelationen anhand der für Baden-Württemberg im Jahr 2010 ermittelten sektorspezifischen Frauenquoten. Während die weiblichen Jugendlichen bei den Neuzugängen des dualen Systems unterrepräsentiert sind (42,9%), dominieren sie eindeutig das baden-württembergische Schulberufssystem (75,6%). Die Dominanz im quantitativ kleineren Schulberufssystem ist derart ausgeprägt, dass die weiblichen Bewerber trotz des schlechteren Zugangs zum größeren dualen System seltener in das Übergangssystem einmünden als die männlichen Ausbildungssuchenden. Während die jungen Frauen sich mit einem engen Spektrum an typischen Berufen innerhalb der betrieblichen Ausbildung konfrontiert sehen, verschärft sich die Problemlage der jungen Männer auf dem Ausbildungsstellenmarkt generell dadurch, dass sie die Schule mit einem im Durchschnitt niedrigeren Schulabschluss sowie schlechteren Noten verlassen (vgl. Beicht und Granato, 2011, S. 42 und 49; KMBW, 2011, S. 130f.).

che Statistik erlaubt bei den Neuzugängen im beruflichen Bildungswesen jedoch nur die Unterscheidung zwischen deutscher und ausländischer Nationalität.

Abb. 8: Sektorspezifische Frauenquoten (Baden-Württemberg, 2010)



4. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Die vorgestellten Untersuchungsergebnisse verdeutlichen, dass - trotz des auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahren rückläufigen Umfangs des Übergangssystems - viele Jugendliche nach wie vor Schwierigkeiten beim direkten Übergang von der Schule in die Berufsausbildung haben. Insbesondere für Bewerber mit niedrigem Schulabschluss sowie mit Migrationshintergrund ist die Lage auf dem deutschen und baden-württembergischen Ausbildungsmarkt problematisch. Auch bei einer aufgrund demographischer Umwälzungen weiterhin zu erwartenden Entspannung der Angebots-Nachfrage-Relation nach Ausbildungsplätzen kann nicht zwingend davon ausgegangen werden, dass sich die Situation für diese Jugendliche deutlich verbessert. Dagegen sprechen etwa die steigenden betrieblichen Anforderungen an die Qualifikation der Ausbildungsbewerber sowie noch nicht vollständige ausgeschöpfte Rationalisierungs- und Automatisierungspotentiale (vgl. KMBW, 2011, S.125). Sowohl hinsichtlich des Aspekts der Chancengleichheit als auch des viel diskutierten Fachkräftemangels stellen die sozialen Ungleichheiten beim Zugang zur beruflichen Ausbildung ein bedeutsames gesellschaftliches Problem dar (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2010, S. 99).

Aktuelle Studien kritisieren das berufliche Bildungssystem in Deutschland z. T. sehr deutlich. Insbesondere bei der bisherigen Ausgestaltung des Übergangssystems wird ein klarer Reformbedarf gesehen. Hoeckel und Schwartz (2010) bezeichnen in einer Studie für die OECD das Übergangssystem in seiner derzeitigen Form sowohl als kostspielig als auch als ineffizient. Sie weisen auf eine verwirrende Vielzahl von Einzelmaßnahmen hin, die für die Jugendlichen häufig nicht zu dem angestrebten Erfolg am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt führen.¹³ Eine vergleichbare Kritik am deutschen Übergangssystem wird im sog. Berufsbil-

¹³ Teilnehmer des Übergangssystems durchlaufen gemäß der BIBB-Übergangsstudie durchschnittlich 1,3 Förderprogramme und verbringen insgesamt knapp 17 Monate im Bereich der berufsvorbereitenden Maßnahmen. Nur ein Drittel findet danach einen regulären Ausbildungsplatz und viele gehen stattdessen in die Arbeitslosigkeit. Vgl. Beicht und Granato, 2011, S. 29f. sowie Hoeckel und Schwartz, 2010, S. 18.

dungsbericht 2011 formuliert. In den jeweiligen Stellungnahmen innerhalb des Berufsbildungsberichts bemängeln sowohl die Experten des Bundesinstituts für Berufsbildung als auch die Beauftragen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer die ineffizienten Strukturen innerhalb des Übergangssystems. Übereinstimmend wird ein Bedarf zur Optimierung des Übergangs zwischen Schule und Berufsausbildung anerkannt und dabei insbesondere auf die Notwendigkeit einer verbesserten Maßnahmenkoordinierung/ -abstimmung und einer individuellen und stärker präventiven Ausrichtung von Förderprogrammen verwiesen (vgl. ausführlich BMBF, 2011, S. 98ff.). Eine deutliche Effizienzverbesserung der Maßnahmen des Übergangssystems ist auch das explizite Ziel einer von der Bundesregierung eingesetzten Ressortarbeitsgruppe „Übergangssystem“, die hierzu konkrete Reformvorschläge vorlegen soll (vgl. BMBF, 2011, S. 57). Außerdem hat die Bundesregierung im November 2010 in Abstimmung mit den Ländern die Initiative „Abschluss und Anschluss - Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ gestartet. Dieses Projekt zielt darauf, Schule, Übergangssystem und duale Berufsausbildung besser zu verzahnen und zur Reduzierung von Schulabbrüchen, zur Verminderung von Warteschleifen im Übergangssystem sowie zur Sicherung des benötigten Fachkräfteangebots beizutragen. Ab der 7. Klasse werden zu diesem Zweck Potentialanalysen nach bundesweiten Standards durchgeführt. Daran anknüpfend wurde der Einsatz zweier weiterer, miteinander verknüpfter Förderinstrumente beschlossen: Zum einen begleiten und betreuen sog. Berufseinstiegsbegleiter förderungsbedürftiger Schüler individuell, außerschulisch und kontinuierlich über mehrere Jahre hinweg. Zum anderen werden praxisorientierte Berufsorientierungsmaßnahmen für die Schüler ab der 8. Klasse organisiert (vgl. BMBF, 2011, S. 7 und S. 59ff.). Die Initiative „Bildungsketten“ wird auch von der OECD ausdrücklich unterstützt.¹⁴ Um die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu verbessern und die Übergangsangebote transparenter zu gestalten, empfiehlt die OECD in jedem Bundesland einen Koordinierungsausschuss für das Übergangssystem einzurichten. Dabei sollte insbesondere auch die Kosteneffizienz einzelner Übergangsmaßnahmen geprüft werden (vgl. Hoeckel und Schwartz, 2010, S. 17f.). Ein wichtiger Schritt zur Evaluation von Fördermaßnahmen und Identifizierung erfolgversprechender Programme wäre die Verfügbarkeit individueller Verlaufsdaten für Schulabsolventen. Solche personenbezogene Längsschnittdaten sind für den Bund und die Länder derzeit nicht oder nicht im ausreichenden Umfang verfügbar. In diesem Zusammenhang hat sich die Politik bereits das Ziel gesetzt, die Datenlage zum Ausbildungsmarkt kontinuierlich zu verbessern (vgl. BMBF, 2011, S. 54ff.).

Mit einem besonderen Fokus auf die Situation in Baden-Württemberg erfolgte eine Erörterung der Herausforderungen des beruflichen Bildungswesens zum einen durch die Enquete-kommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ des baden-württembergischen Landtags und zum anderen durch den sog. Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ (vgl. hierzu ausführlich Landtag Baden-Württemberg, 2011 sowie KMBW, 2011, S. 138ff.). Als Empfehlungen zur Weiterentwicklung des baden-württembergischen Berufsbildungssystems und zum Abbau sozialer Ungleichheiten wird in diesen Studien teilweise noch einmal auf bereits im nationalen Kontext diskutierte Ansätze verwiesen, aber auch auf regionale Besonderheiten eingegangen. So rät der Expertenrat der Landesregierung etwa zur Einführung einer konsequenten Evaluation verschiedener Bildungsgänge auf der Basis einer zu verbessernden Datengrundlage (*Monitoring*) sowie zur individuellen Begleitung und Förderung von Kinder und Jugendlichen im (vor-)schulischen Bereich (*Mentoring*) und der frühzeitigen Einbindung von Schülern in Berufsorientierungs-

¹⁴ Beicht und Granato (2011) kritisieren dagegen, dass die gestartete Initiative zu kurz greift, da sie keine Begleitung über das erste Jahr der vollqualifizierenden Ausbildung hinaus vorsieht. Insbesondere zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen sehen die Autorinnen eine Beibehaltung der Beratungs- und Unterstützungsleistungen während der gesamten Ausbildungsphase und auch noch über die erfolgreiche Einmündung in den Beruf hinaus (2. Schwelle) als sinnvoll an.

maßnahmen in den Betrieben (Abbau von Diskreditierungsprozessen und Verbesserung der Motivation der Jugendlichen). Darüber hinaus empfiehlt der Expertenrat eine stärkere Flexibilisierung der beruflichen Ausbildung. Demnach werden die Jugendlichen in Baden-Württemberg bisher zu einseitig entsprechend ihrer Lernausgangslagen aufgeteilt und den entsprechenden Maßnahmetypen des Übergangssystems zugeordnet. Dies führt zu einer internen Stratifizierung der Bildungsgänge und insbesondere im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und Berufseinstiegsjahr (BEJ) zu ungünstigen sozialen Lernmilieus. Dem könnte nach Auffassung des Expertenrates durch eine zeitlich variable berufliche Grundausbildung entsprechend der „individuellen qualifikatorischen Voraussetzungen“ entgegengewirkt werden. Auch die Ausbildungszeiten innerhalb der dualen Berufsausbildung könnten gemäß Expertenrat durch eine zeitliche Flexibilisierung den individuellen Bedürfnissen der Auszubildenden besser angepasst werden, um dadurch Ausbildungsabbrüche zu reduzieren und die Ausbildungschancen sozial benachteiligter Bewerber zu erhöhen. In Zusammenhang mit den berufsvorbereitenden Bildungsgängen empfiehlt die Enquetekommission des Landtags eine Dualisierung der Ausbildung, d.h. eine Einbindung der Betriebe anzustreben. Durch die Koppelung berufsvorbereitender Bildungsgänge mit betriebspraktischen Erfahrungen können die Jugendlichen eine Steigerung der Lernmotivation erfahren und durch praxisnahe Lerninhalte ihre individuellen Defizite reduzieren. Darüber hinaus kann die frühzeitige Einbindung der Betriebe dazu beitragen, eventuelle Vorbehalte abzubauen und Diskriminierungsprozesse abzuschwächen. Weitere wichtige Bausteine des bildungspolitischen Konzepts der Enquetekommission stellen die individuelle Schülerförderung, der Ausbau von Ganztageschulen und die Systematisierung der Berufsorientierung unter Einbeziehung der Eltern stellen dar. Der Expertenrat wiederum fordert die baden-württembergische Unternehmen dringend dazu auf, die bestehenden formalen Anrechnungsmöglichkeiten der berufsvorbereitenden Maßnahmen besser auszuerschöpfen, damit das Übergangssystem einen echten Beitrag zur strukturellen Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots in Baden-Württemberg leisten kann. Der Landesregierung wird durch den Expertenrat schließlich nahegelegt, in Anbetracht des großen Personalbedarfs im pflegerischen und erzieherischen Bereich, der traditionell innerhalb des Schulberufssystems angesiedelt ist, dort mehr vollzeitschulische Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Abschließend gilt es, die oben erläuterte Kritik am Übergangssystem in Deutschland noch einmal im spezifischen regionalen Kontext zu reflektieren. Die bildungspolitische Strategie Baden-Württembergs ist bisher stark darauf ausgerichtet, Jugendlichen, die sich zuvor erfolglos um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, innerhalb des Übergangssystems zu einem höheren allgemeinbildenden Schulabschluss zu verhelfen. Der Erfolg eines solchen Ansatzes hängt zunächst davon ab, wie vielen Maßnahmeteilnehmern es gelingt, den angestrebten höherwertigen Schulabschluss auch tatsächlich zu erwerben. Bereits in Kapitel 2 wurde dargestellt, dass die Erfolgsquoten in Baden-Württemberg hierbei zwischen 45% (nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses) und 60% (nachträglicher Erwerb der mittleren Reife) liegen.¹⁵ Neben diesen Erfolgsquoten ist es zur Beurteilung der Übergangsmaßnahmen jedoch auch wichtig, zu prüfen, inwiefern es den Maßnahmeteilnehmern gelingt, im Anschluss eine rasche Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung zu erwirken. Untersuchungen auf Basis der sog. BIBB-Übergangsstudie¹⁶ zeigen, dass sich positive Effekte im Sinne einer Ver-

¹⁵ Die Erfolgsquote der Anfänger im Übergangssystem mit mittlerer Reife liegt bezogen auf den Erwerb der Fachhochschulreife wiederum bei 56% (vgl. KMBW, 2011, S. 37f.)

¹⁶ Die BIBB-Übergangsstudie ist eine repräsentative Längsschnitterhebung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung, für die zwischen Juni und August 2006 genau 7.230 Jugendliche mittels computergestützter Telefoninterviews zu ihrer gesamten Bildungs- und Berufsbiographie befragt wurden. Als eine der wenigen Datenquellen enthält die Übergangsstudie somit individuelle Verlaufsdaten und bietet dadurch die Möglichkeit einer Analyse des weiteren Verbleibs der Teilnehmer des Übergangssystems. Durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung erfolgte der Auftrag, die bisherigen Umfrageergebnisse durch eine erneute repräsentative Telefonbefragung von rund 7000 Jugendlichen im Rahmen der sog. BIBB Übergangsstudie 2011 zu aktualisie-

kürzung der Übergangsdauer nur bei den Teilnehmern nachweisen lassen, die vorher maximal einen Hauptschulabschluss besitzen (vgl. Beicht und Granato, 2011, S. 30). Dies bestätigen ebenfalls die in Kapitel 3 präsentierten Ergebnissen, wonach die Mittlere Reife als die wesentliche Zugangsvoraussetzung zu einer vollqualifizierenden Ausbildung in Baden-Württemberg anzusehen ist. Das Ziel der Politik im Land sollte es demnach sein, insbesondere den Jugendlichen, die bereits über einen mittleren Schulabschluss verfügen, unnötige Wartezeiten im Übergangssystem zu ersparen und ihnen stattdessen zu einem direkten Einstieg in eine vollqualifizierende Ausbildung zu verhelfen. Hierfür muss das in den letzten Jahren bereits rückläufige baden-württembergische Übergangssystem weiter zurückgedrängt werden. Der Abbau von teilqualifizierenden Bildungsgängen sollte insbesondere durch einen weiteren Ausbau des international anerkannten betrieblichen Ausbildungssystems begleitet werden.

LITERATUR

Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, *Bildung in Deutschland 2008*. Bielefeld.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, *Bildung in Deutschland 2010*. Bielefeld.

Beicht, U. /Granato, M. 2011, *Prekäre Übergänge vermeiden – Potenziale nutzen. Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund an der Schwelle von der Schule zur Ausbildung*. Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung (WISO-Diskurs). Bonn

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2009, *Gutachten zur Systematisierung der Fördersysteme, -instrumente und -maßnahmen in der beruflichen Benachteiligtenförderung*. Hrsg.: BMBF. Bonn, Berlin.

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) 2011, *Berufsbildungsbericht 2011*. Hrsg.: BMBF. Bonn.

Hoeckel, K. /Schwartz, R. 2010, *Lernen für die Arbeitswelt. OECD-Studien zur Berufsbildung. Deutschland*. Hrsg.: OECD. Paris.

KMBW (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg) 2011, *Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“. Empfehlungen für Bildungspolitische Weichenstellungen in der Perspektive auf das Jahr 2020 (BW2020)*. Hrsg.: KMBW. Stuttgart.

Landtag Baden-Württemberg 2010, *Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung : Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission. 14. Wahlperiode*. Stuttgart.

Solga, H. 2008, *Wie das deutsche Schulsystem Bildungsungleichheiten verursacht*. WZBrief Bildung, 1/2008.